

Calmer Tagblatt

Nr. 157.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

94. Jahrgang.

Ercheinungswiese: 6 mal wöchentl. Anzeigenpreis: Die Kleinplattige Zeile 20 Hg.,
Reklamen 50 Hg. — Schluss der Anzeigenannahme 9 Uhr vormittags. — Fernsprecher 9.

Donnerstag den 10. Juli 1919.

Bezugspreis: In der Stadt mit Zedgerlohn M. 2,65 vierteljährlich, Postbezugspreis
im Orts- u. Nachbarsbezirk M. 2,75, im Fernverkehr M. 2,85, Beleggeld 30 Hg.

Die Genehmigung des Friedensvertrags durch die Nationalversammlung.

* Die Nationalversammlung hatte gestern darüber zu entscheiden, ob sie dem Beschluss der Regierung, den Friedensvertrag zu unterschreiben, zustimmen, oder die Annahme der Bedingungen ablehnen sollte. Nachdem die Demokraten aus der Regierung ausgetreten waren, weil sie die Annahme nicht glauben verantworten zu können, war es vorauszu sehen, daß auch die demokratische Fraktion der Nationalversammlung die Annahme des Friedensvertrags verweigern würde, so daß nur Zentrum, Mehrheitssozialisten und Unabhängige die Zustimmung zur Unterfertigung erteilten. Im Namen der Deutschen Demokratischen Partei erklärte der Völkerrichtslehrer Professor Schilling, daß seine Fraktion nicht zustimmen könne. Sie überlasse diese Zustimmung der Mehrheit des Hauses, die am 27. Juni die Regierung ermächtigt habe, diesen Frieden zu unterzeichnen. Damals wie heute lasse sich die Fraktion von der Erwägung leiten, daß aus der Annahme dieses Friedens dem deutschen Volke noch schwerere Nachteile drohen, als aus der Ablehnung. Im Namen der Deutschnationalen Volkspartei erklärte Pfarrer Traub, obwohl sich seine Partei der Folgen der Ablehnung bewußt sei, lehne sie die Verantwortung für diesen Vertrag ab, denn es hätte auch nicht schlimmer kommen können, wenn man abgelehnt hätte. Daß der Vertrag unerfüllbar sei, werde seine Partei immer betonen. Es werde der Tag der deutschen Befreiung kommen. Der Redner wandte sich dann gegen die Ansicht der Entente, die Hand auf die besten Führer unseres Volkes zu legen, denn alles habe seine Grenze. Die Ehre sei kein leerer Wahn, sie sei alles. Die Wunde dieses Friedensschlusses werde nie vernarben, sie solle auch nie vernarben. Als auf diese Rede hin auf der Tribüne lebhafter Beifall geklärt wurde, wandten sich die Unabhängigen gegen diese vaterländische Kundgebung und bezeichneten sie als bezahlte Arbeit. Wir glauben, die Auffassung Traubs, daß die Wunde dieses Friedensvertrags beim deutschen Volke nicht vernarben werde, wird von der Mehrheit des deutschen Volkes geteilt, und daß auch führende Sozialisten nicht mit der Unterzeichnung einverstanden waren, beweist der Rücktritt Scheidemanns und derjenige Stämpfers als Chefredakteur des „Vorwärts“. Wenn einmal die Ausaugungs- und Beräumungspolitik der Entente jedem Deutschen empfindbar vor Augen geführt werden wird, wenn die Kontrollkommissionen der Allierten überall in unserm Vaterland herumhantieren werden, dann wird es wohl auch den Führern der Unabhängigen, soweit sie überhaupt nach Geburt und Charakter deutsche Empfindung besitzen, verständlich werden, wenn der deutsche Nationalstolz sich gegen die Unterdrücker des Deutschlands aufbäumt.

Seitens der Parteien, die für die Ratifizierung eintraten, wurde die Zustimmung durch entsprechende Erklärungen begründet. Von sozialdemokratischer Seite wurde erklärt, daß die Partei zustimme, um die Hunderttausende von Gefangenen zu befreien und die Hunger-Blockade zu beseitigen. Zugleich wird aber Protest gegen den Gewaltfrieden erhoben, der die Versöhnung der Völker hintertreibt. Nie werde man sich damit abfinden, daß unser Vaterland in Stücke zerrissen, und eine große Anzahl Volksgenossen unter fremde Herrschaft gestellt werde. Unzerreißbar bleibe das Band mit Oesterreich. Protest erhebe die Sozialdemokratische Partei auch gegen die Wegnahme unserer Kolonien, der nie vergessen werde. Ebenso wandte sich der mehrheitssozialistische Redner gegen die Unterstellung, als ob unser Volk der Urheber des Krieges sei. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß sich in einem Tage die Macht der Klassenbewußten Arbeiterschaft stärker erweisen werde als der Imperialismus. Der Vertreter des Zentrums erklärte, die Zustimmung seiner Partei geschehe nicht aus eigenem Willen und eigener Ueberzeugung, sondern lediglich aus dem harten Zwang der Tatsachen, das Reich vor Anarchie und Rückfall zu retten, und Volk und Vaterland vor dem sicheren Untergang zu bewahren. Der Friedensvertrag sei das Ergebnis einer uns über den Kriegsschluß hinaus verfolgenden Unversöhnlichkeit. Die Unabhängigen ließen erklären, daß sie dem Vertrag unter dem Zwange der Gewalt zustimmen. Eine Abwehr könne nicht erfolgen, weil sie neue und noch größere Leiden für unser Volk bedeuten würde. Ihr Vertreter gab der Auffassung Ausdruck, daß in den Arbeiterbewegungen im Westen und in den Kämpfen der Bolschewisten im Osten Flammenszeichen der Weltrevolution zu erblicken seien. Wir können aus dem Verhalten der französischen und englischen Arbeiter noch keineswegs solche Anzeichen herauslesen, im Gegenteil werden wir

erleben, daß sie sich im Hinblick auf die Machterweiterung ihrer Länder recht wohl in erster Linie als Engländer und Franzosen fühlen werden. Im großen ganzen kann man aber bezüglich der Zustimmung oder Verweigerung der Annahme des Friedensvertrags sagen, daß es sich um eine reine Formsache gehandelt hat. Gefühlsmäßig wäre jeder Deutsche für die Ablehnung eingetreten. Aber die Vernunft hat uns angesichts der Gesamtlage nur den einen Ausweg gelassen: Unterschreiben unter Protest. Ergreifend wirkten denn auch die Proteste, die gegen die Abtrennung deutscher Gebiete erhoben wurden. Der Mehrheitssozialist Winnig legte im Namen der Abgeordneten des deutschen Ostens Verwahrung ein gegen die Festückelung des deutschen Ostens, und sprach die Zuversicht aus, daß bald der Tag komme, der den Sieg des Rechts bringe. Ein Zentrumsgesandter legte namens der Bevölkerung der im Westen von Deutschland abgetrennten Bevölkerung Verwahrung ein, ein demokratischer Abgeordneter im Namen der Deutschen Schleswig-Holsteins. Der Präsident der Nationalversammlung sprach für die Elsaß-Lothringer, die als echt deutscher Stamm in dieser Stunde ihr Recht nicht geltend machen könnten.

So wäre die Einmütigkeit der Nationalversammlung in der Verwahrung gegen den Gewaltfrieden vollständig gewesen, und die rein formale Trennung der Parteien bezüglich der Genehmigung oder Nichtgenehmigung hätte den Eindruck der einmütigen Verurteilung des Friedensvertrags nicht zu verwischen vermocht, wenn nicht der unten wiedergegebene Antrag der Deutschnationalen Volkspartei Anlaß zu scharfen Auseinandersetzungen gegeben hätte. Die Mehrheitsparteien warfen den Antragstellern vor, sie wollten die Unterzeichnung für parteipolitische Zwecke ausnützen. Tatsächlich war der Antrag ja auch unausführbar; denn die Entente hatte ja erklärt, keine einschränkenden Bestimmungen mehr annehmen zu wollen.

Die Genehmigung des Friedensvertrags erfolgte dann mit 208 gegen 105 Stimmen. Der Reichspräsident vollzog hierauf die Ratifikation und die entsprechende Urkunde wurde durch einen Kurier nach Versailles abgesandt. Der Friede wird aber erst abgeschlossen sein, wenn der Vertrag seitens der Parlamente von drei feindlichen Großmächten gutgeheißen wurde.

Der deutsche Außenminister

zum Ratifikationsgesetz.

* Zur Begründung der Notwendigkeit der Annahme des Ratifikationsgesetzes hielt der Reichsminister des Auswärtigen folgende Ansprache: Zum Friedensvertrag haben Sie und wir bereits Stellung genommen. Aufrecht erhalten bleibt heute und immer wieder unser einstimmiger Protest gegen diese Vertrag gewordenen Vergewaltigung. Aufrecht erhalten bleibt aber ebenso unsere Zusicherung der Vertragserfüllung bis zum äußersten. Wir müssen ohne Vorbehalte und Hintergedanken an die neuen Verpflichtungen herangehen. Inwieweit wir sie für unerfüllbar halten, haben wir ausgeführt, als unsere Unterschrift erzwungen wurde; aber für eine etwaige Unerfüllbarkeit darf uns keine Schuld und kein Vorwurf treffen. Wir alle — unser ganzes Volk — stehen heute vor dem Ausbruch zu einem 40jährigen Marasche durch die Wüste. Der erste Schritt auf dem Leidenswege ist die Ratifikation, die wir infolge der letzten Note Clemenceaus beschleunigt haben, weil uns die Aufhebung der Blockade in Aussicht gestellt wird. Neben der Gewissheit der Aufhebung der Blockade haben wir nun auch noch die Hoffnung auf die Rückkehr unserer Gefangenen. Wenn das Wort Friede nicht jeden Sinn verlieren soll, muß die Rückkehr der Gefangenen jetzt erfolgen. Es sind in weitestgehendem Umfang Vorkehrungen getroffen, die Rückkehr der Kriegsgefangenen in ihre Heimat auf raschestem Wege zu ermöglichen, und es sind darüber hinaus auch alle Vorbereitungen getroffen, ihnen mit der Rückkehr auch Arbeit, Beruf und Verdienst zu sichern. (Lebh. Beifall.) Wir danken für die Fürsorge der neutralen Staaten, bei denen unsere Kriegsgefangenen Heilung und Erholung gefunden haben. Wir danken diesen Völkern und dem Papste von ganzem Herzen. Wir danken auch dem Roten Kreuz für die Sorgfalt und die Obhut, die unsere Gefangenen durch dasselbe erfahren haben. Wir wollen unsere Dankeschuld in Werken des Friedens abtragen. Sobald der Friedensvertrag auch von drei der gegnerischen Hauptmächte unterzeichnet ist, was in wenigen Wochen der Fall sein wird, haben wir ein zersplittertes Deutschland, von dem ein Teil abgerissen ist, der unserm Volke nach Sitte und Sprache zugehörig ist, ohne daß die Bevölkerung vorher das Recht erhält, nach freiem Willen über

ihre Staatsangehörigkeit zu bestimmen. Wir haben nicht die Macht, dieses Unglück zu verhindern. Wir wollen aber diesen Deutschen versichern, daß wir sie nie vergessen, wie wir auch fest daran glauben, daß sie niemals unsere gemeinsame Geschichte vergessen, unser gemeinsames Leben nicht verleugnen werden. Im übrigen wollen wir unser deutsches Haus in der schweren Leidenszeit so ausgestalten, daß in unsern Schweltern und Brüdern, die uns entrissen werden, das Bewußtsein der nationalen Zusammengehörigkeit wach bleibt, bis auf friedlichem Wege und hoffentlich in nicht zu ferner Zeit, in einem wahren Bunde der Völker alle fristigen nationalen Forderungen eine gerechte, d. h. den Willen der Völker achtende Lösung finden. (Lebh. Beifall.)

Ein deutschnationaler Antrag

zum Ratifikationsgesetz.

Die Deutsch-nationale Volkspartei hat ihre Zustimmung zum Ratifikationsgesetz von der Annahme folgender Entschliebung abhängig gemacht: Die gesetzgebende Versammlung wolle beschließen, die Ratifikation vorzunehmen unter dem ausdrücklichen Vorbehalt 1. daß vor dem Inkrafttreten der Artikel 227 bis 230 von Behren des Völkerrechts von Auf ein Gutachten darüber eingeholt werde, ob es nach den anerkannten Grundsätzen des Völkerrechts zulässig, oder üblich und gerechtfertigt scheint, mit rückwirkender Kraft einen Gerichtshof zur Beurteilung vorhergegangener angeblicher Verstöße gegen das Völkerrecht einzusetzen und auf vorher noch nicht angebrocht gewesene Strafen zu erkennen; 2. daß im Interesse der Gerechtigkeit zur Unterfuchung der Frage von dem Verschulden am Kriege ein neutraler Gerichtshof eingesetzt wird.

Der Chefredakteur des „Vorwärts“ gegen die Annahme des Versailler Vertrags.

(W.B.) Berlin, 10. Juli. An Stelle Fr. Stämpfer, der nach der Zustimmung der Soziald. Partei zum Versailler Frieden die Leitung des „Vorwärts“ niederklegte, ist Paul Bader aus Magdeburg zum Chefredakteur des „Vorwärts“ in Aussicht genommen worden.

Zur äußeren Lage.

Der deutsche Außenminister über

den Friedensvertrag.

(W.B.) Berlin, 8. Juli. Im Verlaufe einer Unterredung mit dem Berliner Vertreter des „Allg. Handelsblad“ erklärte Reichsminister des Auswärtigen Hermann Müller u. a. zur Unterzeichnung des Friedensvertrages: Wir haben lange gezaudert. Aber war das nicht selbstverständlich angesichts der ungeheuren, jede Vorstellung übersteigenden Lasten, die wir auf uns nehmen sollten? Sätte die ganze Welt uns nicht leichtfertig schelten müssen, wenn wir bereit gewesen wären, diesen furchtbaren Vertrag zu unterschreiben, ohne auch nur den Versuch zu machen, seine Klauseln, auch im Interesse unserer Gegner praktischer und ausführbarer zu gestalten? Ja man hätte in einer so leichten Bereitwilligkeit mit Recht das Anzeichen erblicken können, daß wir es mit Verpflichtungen nicht ernst nehmen. Erst angesichts der Bedrohung unserer ganzen nationalen Existenz durften wir uns berechtigt fühlen, Bedingungen zu unterzeichnen, wie sie noch niemals ein Gegner dem andern vorgelegt hat. Die Staatsmänner müssen über Ehre anders denken, als der einzelne. Die größte Schande wäre für uns gewesen, unser Volk dem Untergange preiszugeben. Wir konnten es nur retten, indem wir das Friedensinstrument mit dem besten Willen unterschrieben, seine Bestimmungen innezuhalten. Weiter bemerkte der Reichsminister über die Washingtoner Arbeiterrechtskonferenz im Oktober d. J., daß ein solches Recht ohne die Vorarbeiten der deutschen sozialen Gesetzgebung nicht geschaffen werden könnte, darüber sind wohl alle ernsthaften Soziologen der Welt einig. Wir werden auf diesem Gebiet mitarbeiten und nicht zugeben, daß auch nur einer von den Fortschritten, die wir gemacht haben, den kapitalistischen Interessen zuliebe, rückgängig gemacht wird. Auch die kapitalistische Welt wird begreifen und hat es zum großen Teil schon begriffen, daß sie an niedrig gelohnten, an darbenenden, an schlecht gekleideten, an schlecht wohnenden und an ungebildeten Arbeitern nicht interessiert ist, sondern am Gegenteil.

Die Entente wünscht baldige Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen.

Berlin, 10. Juli. Von Seiten der Entente ist, wie die „Deutsche Allg. Ztg.“ erfährt, durch Herrn Dutasa die Mitteilung gemacht

worden, daß die Verhandlungen über die Verwaltung der Rheinlande unverzüglich in Angriff genommen werden sollen und zwar in Verbindung mit der Frage des Wiederaufbaus des belgisch-französischen Kriegsgebietes. Gleichzeitig habe Herr Dutasta den Wunsch der Entente-mächte nach einer baldigen Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zum Ausdruck gebracht.

Auch Belgien will die diplomatischen Beziehungen wieder aufnehmen.

Brüssel, 9. Juli. Gavas-Neuter verbreitet eine Blättermeldung, wonach der Minister des Aeußern die Frage der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen mit Deutschland ernstlich erwäge, da nach Unterzeichnung des Friedensvertrages kein Hindernis dafür bestehe.

Aus der Auslieferungsliste.

Berlin, 9. Juli. Die Liste der an die Alliierten auszuliefernden Deutschen wird heute in einigen Blättern vervollständigt. Man findet darunter auch noch den Herzog Albrecht von Württemberg (Kulmbad in Sommer, Niedermechelung in Ramur); Generaloberst von Klud, der vorgehend vor seinem Heere Frauen und Kinder hergetrieben habe; General Liman von Sanders (Niedermechelung in Armenien und Syrien); Generalmajor Spenger, der am 26. 8. 14 den Kommandobefehl erhielt, daß von diesem Tage an keine Gefangenen mehr gemacht werden dürften; General von Ostrowski (Mündung von Delinge und Erschießung von 103 Zivilisten); General von Tesny (Erschießung von 111 Einwohnern von Arlon), sowie die Gefangenenerkommandanten General Eugen-Passel und Oberst; Leutnant Rüdiger-Rupleben; Major Gorch-Magdeburg; Gebr. Klemmer-Holzwinden und Naustal.

(WTB.) London, 10. Juli. (Neuter. Unterhaus.) George Lambert fragte, ob Vorsichtsmaßregeln getroffen worden seien, um eine Rückkehr des früheren Deutschen Kaisers nach Deutschland und damit die Möglichkeit (!) weiterer englischen Menschenverluste zu verhindern. Bonar Law erwiderte, alle Schritte, die die Regierung in dieser Richtung für nötig erachte, seien ergriffen worden. — (Mit England wird einmal auch ohne den Deutschen Kaiser abgerechnet.)

Beibehaltung der allgemeinen Dienstpflicht in Frankreich.

(WTB.) Bern, 10. Juli. Der „Evener Progres“ meldet aus Paris: Der Künferrat hat einen Beschluß von großer Wichtigkeit für Deutschland durch die Bestimmung gefaßt, daß die Aufhebung der Blockade auch die Aufhebung der Zensur bedeuten würde. Blockade und Zensur standen bisher unter der Aufsicht des Obersten Wirtschaftsrates. — Nach dem gleichen Blatt erklärten Renault von der Armeekommission der Kammer und Biviani einem Vertreter des „Matin“ gegenüber, die Armeekommission plane einen obligatorischen Heeresdienst von 1 Jahre bis höchstens 15 Monaten.

Wilson in New York.

(WTB.) New York, 9. Juli. (Neuter.) Wilson ist gelandet und wurde von einer riesigen Menschenmenge begrüßt. Er fuhr nach der Carnegie-Hall, wo er eine Rede hielt und darüber sprach, was die Nationen von Amerika erwarteten, welches diesen Erwartungen gerecht werden müßte. Wilson erklärte, der wirkliche Frieden habe erst begonnen, als der Frieden unterzeichnet wurde.

Amerika „im Dienst der Menschheit.“

(WTB.) Amsterdam, 9. Juli. Den englischen Blättern vom 7. Juli zufolge, hat Präsident Wilson vom Dampfer „George Washington“ aus drahtlos auf die Kritik der Männer geantwortet, die dafür eintreten, daß Amerika zu einer Politik des isolierten amerikanischen Nationalismus zurückkehren solle. Der Präsident erklärte, daß Amerika sich in den Dienst der Menschheit stellen müsse und daß er wahrscheinlich eine Campagne für dieses Ziel in den Vereinigten Staaten führen werde, weil er der Ansicht sei, daß es notwendig sei, die Versäuerungen auszuführen, die er der Pariser Konferenz bezüglich Amerikas Bereitschaft, seinen Teil auf den Laisten aus der Neuordnung der Dinge zu übernehmen, gegeben habe.

Amerikanische Kritik an Wilson.

Amsterdam, 9. Juli. „Newport Sun“ schreibt zur Rückkehr Wilsons: Nicht einmal die Gleichgültigkeit, die der Präsident Amerika gegenüber an den Tag gelegt hat, hat das Band dem Abenteuer des Präsidenten gegenüber gleichgültig machen können. Vielleicht ist es nicht in Fühlung mit ihm geblieben, aber es hat ihn aus der Entfernung mit klarem Blick beobachtet. Das Blatt spricht von einem „Kadaver der 14 Punkte“, den Präsident Wilson zurückbringe. — „Newport Herald“ schreibt, Wilson scheine sich einer Kritik in seiner Kaufbahn zu nähern. Er lehre zurück, um über seine Nichtsinnur Nechenschaft abzulegen. Der Präsident habe seine Sendung so ausgelegt, daß er sich mit Macht umgab, nicht nur um Frieden zu machen, sondern um sein Land einer neuen Politik auszuliefern. Die Zeit für klare Worte ist gekommen. Jeder Senator, der das, was der Präsident dem Lande bietet, hinnimmt, verkehrt seinen Ansehen.

Die Schweiz und der „Völkerbund.“

(WTB.) Bern, 9. Juli. (Schweiz. Dep.-Ag.) In der heute vormittag vom politischen Departement einberufenen Besprechung der Völkerbundsfrage hielt Bundesrat Calonder neuerdings eine Ansprache, in der er mitteilte, daß der Sachverständigenausschuß zum Völkerbund am 17. 7. wieder zusammentreten werde. Der Chef des politischen Departements gab der Ueberzeugung Ausdruck, daß ein Nichtbeitritt der Schweiz und die damit verbundene politische Isolierung ein großer Fehler wäre. Der Pariser Völkerbund sei gewiß ein unvollkommenes Menschenwerk und bedürfe mancher Verbesserungen; aber er stelle doch ein beachtenswertes Werk dar und sei geeignet, die Menschheit vorwärts zu bringen. Die Schweiz müsse unabhängig von ausländischen Einflüssen zur Frage des Völkerbundes Stellung nehmen. Bundesrat Calonder wies den weiteren

Ämtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Betreff: Preiserhöhung für Auslandspeck.

Nach neuester Drahtmeldung der Fleischverforgungsstelle ist der Grundpreis für Auslandspeck erhöht worden. Der im „Calwer Tagbl.“ Nr. 154 veröffentlichte Preis von 5.60 M pro Kg. tritt sofort außer Kraft. Der noch im Besitze der Verkaufsstellen sich befindliche Auslandspeck ist zum Preise von 7.90 M pro Kg. an die Verbraucher abzugeben. Oberamtmann: Calw, den 10. Juli 1919. G 5.

rauf hin, daß die Entente der Schweiz während des Krieges manche Beweise von Vertrauen gegeben habe und daß sie für die ewige Neutralität der Schweiz volles Verständnis bekundet hätte. Anschließend an die Rede des Bundesrats Calonder wurden die in der letzten Konferenz unterbrochenen Erläuterungen zum Pariser Völkerbund fortgesetzt.

China und der „Völkerbund.“

(WTB.) Bern, 8. Juli. Die chinesische Delegation bei der Friedenskonferenz erklärte, schweizerischen Blättern zufolge, daß sie zwar die Unterzeichnung des Friedensvertrages mit Deutschland ablehne, aber den Vertrag mit Oesterreich unterzeichnen werde. Mithin werde China automatisch Mitglied des Völkerbundes werden.

Aus dem feindlichen Ausland.

Die Unterdrückung der irischen Unabhängigkeitsorganisation.

(WTB.) London, 9. Juli. (Neuter.) Mit Rücksicht auf die große Bedeutung der schweren Verbrechen und der Aufreizungen zu Verbrechen durch die Anhänger der Sinn Feiner, besonders in der Grafschaft Tipperary wurde in Dublin eine Verordnung erlassen, welche die Sinn Feinerorganisation und die ihnen verwandten Bestrebungen in der Grafschaft Tipperary unterdrückt.

Die Unruhen in Italien.

Amsterdam, 9. Juli. In einem Telegramm über die Streiks und Unruhen in Italien berichtet der römische Korrespondent des „Daily Herald“ u. a., daß sich in Florenz die Kavallerie weigerte, die Auffständigen anzugreifen. In Perugia, Mantua, Voghera, Viterbo, Terni, Pistoia, Pisa, Verona, Bergamo, Jesi wurde am Samstag Generalfiret gemeldet. Die Regierung macht Anstrengungen, um zu verhindern, daß die Bewegung nicht auf die größten Städte des Landes übergreift. Sie hat die Präfekten beauftragt, die Preise um 50 Prozent herabzusetzen; aber diese Maßregel scheint nicht zu genügen, um die Aufregung zu dämpfen. Die Ladenbesitzer trachten, ihre Vorräte dadurch in Sicherheit zu bringen, daß sie dieselben unter den Schutz der Arbeiterkommissionen stellen. Ueberall bestehen Arbeiterkreise, die von der Regierung gebildet werden. Die Arbeiterkommissionen veröffentlichten ein Manifest, in dem sie zur Ruhe mahnen. Der Ministerrat tagt fast dauernd. Aus Palermo vom Samstag meldet der Korrespondent, daß dort der Generalfiret ausgebrochen wurde. Hunderttausende von Arbeitern zogen unter dem Rufe „Nieder mit den hohen Preisen“ durch die Straßen und zertrümmerten die Aushängeschilde der Geschäfte. Es kam zu scharfen Zusammenstößen mit den Truppen. 10 Auffständige wurden schwer verwundet, mehrere Hundert wurden verhaftet.

Arbeiterbewegung in Warschau.

* Berlin, 10. Juli. Der „B. L.-A.“ meldet aus Wien: Aus Warschau wird berichtet: Am 3. Juli kam es hier infolge bolschewistischer Agitation zu blutigen Vorfällen. Als nachmittags Massen von Arbeitern vor das Landtagsgebäude zogen, kam es zu einer Schießerei, nachdem durch das Erschießen eines Offiziers das Signal zu Ausschreitungen gegeben worden war. Der Warschauer Arbeitererrat und die Parteileitung der Sozialdemokratischen Partei haben zum Generalfiret aufgerufen. In den meisten Betrieben wird gefeiert. Die Straßenbahn verkehrt nicht. Die Zeitungen haben ihr Erscheinen eingestellt. Da die Gasarbeiter ebenfalls streiken, können die Straßen nicht beleuchtet werden. — (Wenn es sich um eine Arbeiterbewegung handelt, braucht nicht gleich bolschewistische Agitation dahinter zu stehen. Die polnischen Arbeiter haben wahrscheinlich genügend Anlaß, Forderungen geltend zu machen.)

Unruhen auf einem australischen Truppentransportdampfer.

(WTB.) Amsterdam, 9. Juli. Wie „D. Mail“ aus Plymouth meldet, kam es auf dem früheren deutschen Dampfer „Prinz Ludwig“, auf dem ein großes australisches Truppentrupentingent nach Australien befördert werden sollte, zu Unruhen, weil die Mannschaften keinen Landurlaub erhielten. Da den wiederholten Forderungen der Mannschaft nicht stattgegeben wurde, drohten sie, das Schiff zu versenken. Einige Stunden später ereignete sich an Bord des Dampfers „Prinz Ludwig“ eine Explosion. Weitere Einzelheiten konnten nicht in Erfahrung gebracht werden, da die Behörden jegliche Auskunft ablehnen. Die Tatsache aber, daß die Truppen an Bord gelassen wurden, beweist, daß sie ihren Willen durchgesetzt haben.

Deutschland.

Die schlesische Frage.

Berlin, 10. Juli. In Weimar fanden gestern zwischen Staatsregierung und Vertretern der Provinz Schlessen erneut Verhandlungen über die obereschlesische Frage statt, an denen auch Vertreter des Auswärtigen Amtes teilnahmen. Nach dem „Berl. Vol.-Anz.“ ist der Plan, Oberschlesien staatliche Selbständigkeit innerhalb des deutschen Reichsverbandes zu geben, wieder fallen gelassen worden und es werde jetzt wieder damit gerechnet, aus Schlessen eine eigene

Provinz mit einer weitgehenden Selbständigkeit innerhalb des preussischen Staates zu machen. Es ist jedoch in dieser Frage, wie die „Deutsche Allg. Ztg.“ meldet, eine Entscheidung noch nicht getroffen worden. — Es handelt sich darum, wie man Oberschlesien, das durch Abstammung seinen Willen über die Zugehörigkeit zu Deutschland oder Polen zum Ausdruck bringen soll, am besten dem Reich erhalten kann.

Zur Frage der Rückkehr unserer Kriegsgefangenen und des Wiederaufbaus der zerstörten Gebiete.

Berlin, 9. Juli. Von zuständiger Stelle wird erklärt: In einer von einem hiesigen Mittagsblatt gebrachten Meldung aus dem Haag ist von einer Besprechung zwischen dem Vorsitzenden der deutschen Friedensdelegation, Freiherrn von Versuer und dem Generalsekretär der Entente-Konferenz, Dutasta, über die Rückführung der deutschen Kriegsgefangenen die Rede. Hierin findet sich die Bemerkung, es stehe grundsätzlich fest, daß die Rückführung der Kriegsgefangenen in gleichem Maßstab erfolgen soll, in welchem deutsche Zivilisten in Frankreich zu den Wiedergutmachungsarbeiten in den zerstörten Gebieten eintreffen. Dieser Auffassung muß auf das Entschiedenste entgegen getreten werden. Deutschland ist selbstverständlich bereit, an dem Wiederaufbau in Nordfrankreich mitzuwirken und zu diesem Zwecke geschulte deutsche Arbeiter zur Verfügung zu stellen. Es ist indessen nicht angängig, die Bereitstellung dieser Arbeitskräfte in irgend einer Weise mit der Heimförderung der Kriegsgefangenen in Zusammenhang zu bringen. Diese hat vielmehr nach Artikel 214 des Friedensvertrages ohne Weiteres nach Inkrafttreten mit der größten Beschleunigung zu erfolgen.

Die Unruhen in Hannover.

Hannover, 10. Juli. In der Bahnhofstraße kam es gestern Nachmittag entgegen dem Verbot zu einer größeren Ansammlung. Als daraufhin eine Festnahme erfolgte, nahm die Menge eine drohende Haltung ein und wollte den Verhafteten befreien. Es kam zu einer Schießerei, bei der zwei Personen getötet wurden.

Berlin, 10. Juli. Der „Berl. Vol.-Anz.“ meldet aus Hannover: Aus Rußland und Ungarn sind kommunistische Elemente hier angekommen, die die Menge mit ungarischem und russischem Gelde zu gewinnen suchen. Ein russischer Spartakistenführer namens Stobelski wurde verhaftet. Stobelski hatte sich bereits in München als Führer der Roten Armee des Hochverrats schuldig gemacht. Er wird nach dort hin übergeführt werden.

Die französische Rechtsauffassung.

Offenburg, 9. Juli. Die „Karlsruher Zeitung“ berichtet aus Dundeim folgendes: An der Grenze des besetzten Gebietes nahm ein französischer Posten einen dort mit der Feuerkraft beschäftigten Einwohner, der naturgemäß keine Ausweispapiere bei sich hatte, da Dundenheim nicht im besetzten Gebiete liegt, auf die Oriskommandantur von Müllen, wo man ihn mißhandelte, so daß er blüete. Doch wurde seine Schuldlosigkeit festgestellt. Der französische Posten erhielt nun den Auftrag, ihn wieder über die Grenze zu bringen. Diese Gelegenheit benutzte der Posten, den Dundenheimer auszuplündern und ihm seinen Geldbeutel mit 80 Mark Inhalt, ein Taschenmesser und verschiedenes andere wegzunehmen.

Gatten- und Vatermord.

Hannover, 10. Juli. Das Schwurgericht verurteilte die Ehefrau Sophie Buchmeier und deren Söhne, die Glasmacher Friedrich und Karl Buchmeier, sämtlich in Wolfschagen bei Obernkirchen im Schaumburg'schen wegen Gatten- bzw. Vatermordes, begangen im Mai d. Js., zum Tode.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 10. Juli 1919.

Zur Viehzählung.

Die letzte Viehzählung vom 2. Juni 1919 hatte folgendes Ergebnis: Die Zahl der Pferde betrug 99 584, gegenüber der vorletzten vierteljährlichen Viehzählung vom 1. März d. J. mehr 498 Stück. Rindvieh wurden insgesamt 1 042 908 Stück gezählt, das sind 14 487 Stück weniger als am 1. März; der Küllgang kommt hauptsächlich auf Rälber und sonstige Jungvieh, während bei den Milchställen eine Zunahme zu verzeichnen ist. Bei den Schafen zeigt sich bei einem Gesamtbestand von 277 133 Stück eine Zunahme von 5604, die ausschließlich auf Altschafe entfällt. Schweine wurden 226 705 Stück gezählt, das sind 1217 mehr als am 1. März; Ziegen 153 054 Stück oder 17 239 mehr; Kaninchen 161 336 Stück oder 919 weniger als am 1. März.

Ein Vorbild in heutiger Zeit.

Als bei den Heugräsversteigerungen der Freiherr von Gemmingen-Wies in Fränk.-Crumbach i. O. außerordentlich hohe Preise erzielt wurden, und der Majoratsherr davon Nachricht erhielt, erklärte er, daß er solche Bucherpreise nicht nehmen werde. Er veranlaßte, daß allen Steigerern die Hälfte des Steigerungspreises über 6000 M nachgelassen wurde.

Abnahme der Schülerzahl.

Nach den Berechnungen des Statistischen Landesamts werden sich die Schülerzahlen in den nächsten Jahren in einer Weise entwickeln, die geradezu eine Entvölkerung unserer Schulen bedeuten wird. Während der Bestand der Schüler aller württ. Schulen 1919 sich auf 402 300 beläuft, läßt sich nachweisen, daß dieser Bestand 1925 bis auf 292 000 zurückgegangen sein wird, also um 110 300 oder fast auf weniger als drei Viertel des jetzigen Bestands zusammengeschrumpft sein. Bis 1921 ist die Abnahme unbedeutend, von da an wird sie aber alljährlich in größerem Umfang eintreten. Man sieht voraus, daß die Zahl unserer Schulkinder im Jahre 1923 auf die Hälfte des gegenwärtigen Bestands herabgesunken sein wird.

Calw, den 9. Juli 1919.
Todes-Anzeige.

 Verwandten, Freunden und Bekannten gebe ich die traurige Nachricht, daß meine liebe, unvergessliche Frau, unsere liebe Mutter
Anna Maria Traub,
 geb. Ehnis,
 nach längerem Leiden gestorben ist.
 Um stille Teilnahme bittet
 der trauernde Gatte: **Johannes Traub**
 mit seinen 3 Kindern.
 Beerdigung Freitag Mittag 2 Uhr v. Trauerhaus aus.

Dr. med. W. Reusch
 Spezialarzt für Frauenkrankheiten
 Telefon 3936. **Stuttgart** Schlosstr. 14
 ist vom 12. Juli bis Anfang August
verreist.

Unterzeichnete bringt ihr
 reichhaltiges Lager in
allen Haushaltsartikeln
 in empfehlende Erinnerung.
 Frau Robert Schneller Ww., Bad Teinach.

Teile einer verehrl. Einwohnerschaft von hier und Umgebung mit, daß ich mit heutigem eine
Annahmestelle der chem. Färberei und Waschanstalt
 von Wih. Staiger in Pfullingen
 übernommen habe und bitte höfl. im Bedarfsfalle um gütige
 Berücksichtigung.
 Chr. Ott, Salzgasse.
 Trauersachen werden sofort besorgt.

Dreschmaschinen, Putzmühlen
Sutter Schneidmaschinen
und Transmissionen
 sowie
Brennholzkreislagen
 empfiehlt
Gg. Wackenhuth Maschinenwerkstätte.

2 Bienenbölter
 (Normalmaß)
 hat abgegeben.
 Wer sagt die Geschäftsstelle
 des Blattes.
 Sehe einen wachsamem, raffi-
 reinen, französischen 1/2-jährigen

Hühnerhund
 (Rübe) dem Verkauf aus.
Georg Greule,
 Unterleugenhardt.
 Ugenbach.

Eine ältere
Ruh
 28 Wochen träch-
 tig und ein
**Mutter-
 Schwein**
 zum 1. mal 12 Wochen träch-
 tig verkauft
Wurster, z. Lamm.

Gehingen.
 Eine 34 Wochen träch-
 tige

**Schaff-
 Kuh**
 hat zu verkaufen
Friedrich Gehring.
 Unterhangstett.

Eine junge 25 Wochen träch-
 tige

**Mug- und Schaff-
 Kuh**
 verkauft
Jacob Rezer.
 Stammheim.

Eine ältere
**Mug- u. Fahr-
 kuh**
 sowie einen 10 Monate alten

**Zucht-
 Farren**
 verkauft
Gottlob Kober, am Bach.

**Reichsbund für Kriegsbeschädigte, Kriegsteil-
 nehmer und -Hinterbliebene. Ortsgruppe Calw.**
 Samstag, den 12. Juli, abends 8 Uhr,
 im Saale der Brauerei Dreiß
Monats-Versammlung
 und Verteilung der Rauchwaren,
 welche nur an Anwesende gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte
 verteilt werden. Aus der Tagesordnung u. a.: „Anmeldung
 von Kriegsbeschädigten, welche (zu ermäßigten Preisen) einen
 14tägigen Erholungsurlaub benötigen“. Vollständiges Er-
 scheinen aller Mitglieder dringend notwendig.
 J. A.: W. Bernhardt, Vorsitzender.

Rüfer-Versammlung.
 Zu der am Sonntag, den 13. Juli, mittags 1 Uhr, im
 Gasthaus zur „Jungfer“ stattfindenden
Haupt-Versammlung
 (Sinnungsfache)
 werden alle Rüfer- und Rüblermeister sowie Gesellen des Ober-
 amtsbezirk Calw dringend und vollständig eingeladen.
 Mehrere Kollegen.

Freie Schreiner- u. Glaser-Zinnung.
 Am kommenden Sonntag, den 13. Juli, findet im
 Gasthaus zum „Löwen“ mittags 2 Uhr die
vierteljährliche Versammlung
 statt. Tagesordnung:
 Vorschlagsfassung betreffend Einkaufs-Genossenschaft.
 Verteilung der Landes-Preislisten.
 Zahlreiches Erscheinen erwartet.
 Der Vorstand: Karl Buhl

Ziehung 15. u. 16. Juli.
Sie müssen
 ein Los der Klassenlotterie spielen,
 dann haben Sie die beste Aussicht, zu
gewinnen!
 214000 Gewinne u. 2 Prämien über
72 Millionen Mark
 Hauptgewinne und Prämien Mark
500000
300000
200000
 Fast jedes zweite
 Los gewinnt!
 Amtlicher Planpreis:
 1 Achtel 1 Viertel 1 Halbes 1 Ganzes Los
 S M. 25 Pf. 50 M. 60 Pf. 21 M. 42 M.
J. Schweichner Württembergische Lotterien-
 Monarchie Stuttgart
 Fernspr. 1921 • Postfach 2065 • Marktstr. 6
 Hier bei: W. Winz, in Teinach: Eugen Baur.

Verkauft werden 5 junge,
 sehr schöne

Hahnen
 zur Zucht geeignet, rebhuhnfarb.
Italiener.
 Uhlandstraße 680.
 Giltlingen.
 Einen zum Zug geeigneten,
 sprungfähigen, jungen
Farren
 setzt dem Verkauf aus
Friedr. Gassenheimer.
 Wildbergerstraße.

Verkaufe auf dem Halm den
 Ertrag von 13 ar
Dinkel
 im Calwerweg, von 20 ar
Weizen
 im Muckberg. Angebote an
Braumeister Gilt.
 Schloß Laupheim.

**Zum Bügeln
 von Stärkwäsche**
 speziell seiner Herrenwäsche
 empfiehlt sich
Frau F. Grewemeyer,
 Liebenzell, Bahnhofstraße.
 Dasselbst sind
4 Hasen
 zu verkaufen.
 Empfehle
**Pfeffer,
 Zimmt,
 Pfefferminz,
 Nelken,
 Vanillezucker,
 Anis**
 kein Ersatz
F. Holz, Handlung,
 Oberreichenbach.

Bad Liebenzell.
 Sonntag, den 13. Juli 1919, nachm. von 1/2 4-6 Uhr
 in den städtischen Kuranlagen
Konzert
 der vollständigen Stuttgarter Schutzmannskapelle.
 Bei ungünstiger Witterung im Saale des Gasth. z. Adler.
 Eintritt 1 Mk., Kinder unter 14 Jahren frei,
 im Saale 50 Pfg.
 Städt. Kurverwaltung.

Calwer Liederkranz.
 Samstag, den 12. Juli, abends 8 Uhr
 findet im Bad. Hof ein
Familienabend
 statt, wozu wir unsere verehrl. Mitglieder freundlichst einladen.
 Der Ausschuss.
 (Nichtmitglieder haben keinen Zutritt, Fremde können ein-
 geführt werden).

Älterer Witwer
 ev. u. Beamter, guter Charakter
 möchte sich wieder verheiraten
 mit einem älteren guten lebens-
 würdigen
Mädchen oder Witwe
 nicht unter 45 Jahren ohne
 Anhang um in seinem Alter
 eine Stütze zu haben.
 Adresse ist abzugeben unter
 D. 24 in der Geschäftsstelle
 des Blattes.

3000 Mk.
 hat gegen gute Sicher-
 heit auszuleihen.
 Wer sagt die Geschäftsstelle
 des Blattes.

Aralla
 ein angenehmes, erprobtes und
 sicherwirkendes Mittel gegen
 Sommerprossen empfiehlt
J. Obermatt, Friseur,
 beim Bahnhof.

Zwei weiße, getragene
Blusen
 für mittlere Figur, noch gut er-
 halten, hat zu verkaufen
Hans Gähwein, Herren- u.
Damenschneiderei
 Bischoffstraße 496.

Nähfaden, schwarz und weiß,
 beste Selbststoffware, 10 Rollen
 10 M., 4 Proberollen M. 4.40.
 H. Flügge, München 45, 82.

Einen gebrauchten
Kinderwagen,
1 Spültisch (Ablauf)
 und ein Paar guterhaltene,
 rindleberne
Frauentiefel
 Größe 41, hat zu verkaufen
Frau E. Körner, Hirsau.

Etters Kunstmist
Hermetto,
 feinste Marke, kein Zucker nötig,
echte Gummifauger
 und **Schnuller**
 empfiehlt
Friederike Pfeiffer,
 Vorkstadt.

Heute sind schöne, große
 schwarze
Kirschen
 zum Einmachen
 eingetroffen bei
Röhm-Dalskomo.
 Ein noch guterhaltene 23
 Meter langes
Hanfseil
 mit eigener Rolle (Friedens-
 ware), sowie eine eichene
Beerenpresse
 setzt dem Verkauf aus
Frau Ph. Fiesel, Witwe,
 Bad Liebenzell.

Ein guter Trunk

 ist Ihnen geföhrt trotz der
Getränknot
 wenn Sie zur Vereitung von
 Hausbrun
 Dr. Schweichners
 Kunstmistsubstanz
„Tamavino“
 verwenden. Dieses altbe-
 währte Extrakt einfach mit
 Zucker im Wasser angelehrt
 vergärt rasch zu einem alko-
 holdhaltigen Getränk, das wie
 guter Obstmost schmeckt u.
 an Güte u. Bekömmlich-
 keit unübertroffen ist.
 150 L. 100 L. 75 L. 50 L.
 10.- 7.50 6.20 5.-
 Wer keinen Zucker zur Ver-
 fügung hat, nehme
 „Tamavino“
 mit künstlichem Süßstoff zur
 Herstellung eines alkoholfrei-
 en obstmostähnlichen Ge-
 tränkes.
 150 L. 100 L. 75 L. 50 L.
 12.- 9.- 7.50 5.80
 in Kolonialwaren- und
 Konsum-Geschäften.
 Nährmittelwerk
Dr. Schweizer, Ehlingen.
 Tanzi Lehrbuch
 ehrt alle modern. Länge M. 2.50.
 Ufa Verlag München 23/60.